

# „Politics of Being Heard” – involvement of civil society and citizens in decision-making

Timo Peters,  
Policy Advisor of State Counsellor for  
Civil Society and Civic Participation,  
State Ministry of Baden-Württemberg



Baden-Württemberg



# State of Baden-Wuerttemberg













# Forms of civic participation

## Partizipation in planing processes

- goal: get impulses and ideas from the public
- not binding, volunarily



(Bildquelle: [Nach der Überschwemmung: So will die Stadt Bonn den Hochwasserschutz am Hardtbach verbessern \(ga.de\)](#))

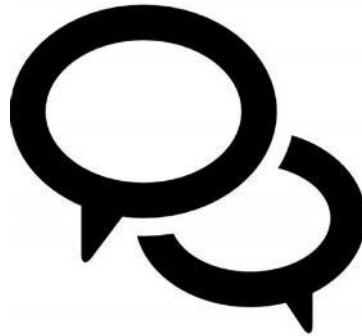
## Partizipation in political decision-making

- legal certainty
- mandatory



## Dialog-orientated citizen participation

- goal: work on conflicts and hear (randomly-selected) citizens
- helps to decide
- not binding, voluntarily



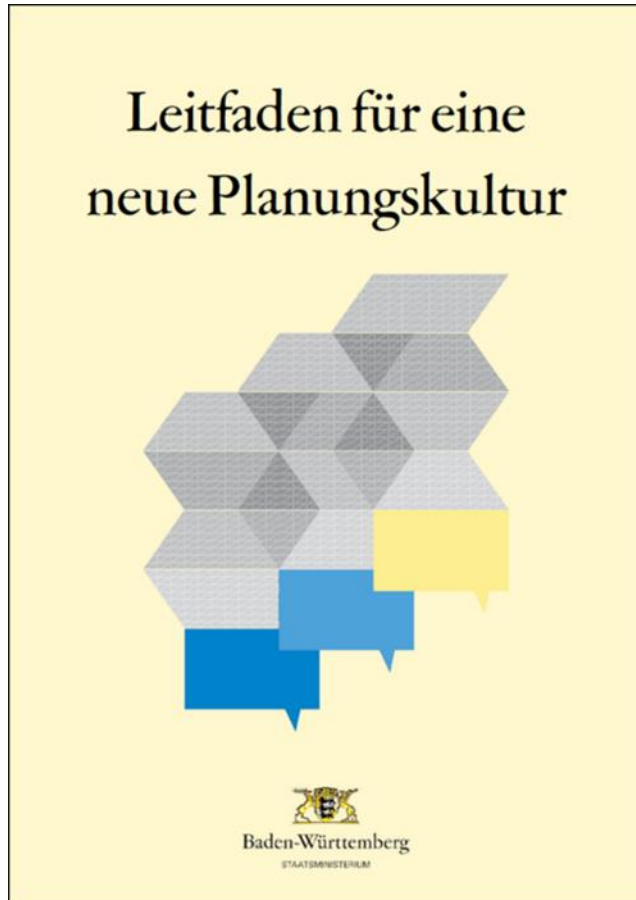
## Referendum

- decision by the people
- binding
- mandatory when quorum is reached.





# Legal framework: guidelines, executive order and a law



22	GABl. vom 26. Februar 2014	Nr. 2
STAATSMINISTERIUM		
<b>Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren (VwV Öffentlichkeitsbeteiligung)</b>		
Vom 17. Dezember 2013 (– Az.: Staatsministerium 0142 –)		
1	<b>Allgemeines</b>	
1.1	<b>Ziele</b>	
Diese Verwaltungsvorschrift hat das Ziel, die Beteiligungskultur zu fördern und diese aufgrund der langjährigen Erfahrungen in der Landesverwaltung mit der Öffentlichkeitsbeteiligung weiterzuentwickeln. Augenhöhe, Transparenz und die Einbeziehung von Bürgerideen sind das Ziel einer stärkeren Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungs- und Zulassungsverfahren soll die Qualität der Planungen und ihrer Durchführung weiter verbessern sowie Lösungswege und Alternativen bei Konflikten aufzeigen. Sie soll die Entscheidung der Behörde mit vorbereiten. Wegen der Vorbildfunktion des Landes stellt diese Verwaltungsvorschrift spezifische Anforderungen an das Land als Vorhabenträger auf.		über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet sowie ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.
1.2	<b>Anwendungsbereich</b>	1.3.4 <b>Nicht-formelle Öffentlichkeitsbeteiligung</b>
Diese Verwaltungsvorschrift ist von staatlichen Verwaltungsbehörden im Sinne von § 1 des Landesverwaltungsgesetzes (LVG) bei der Planung, Zulassung und Realisierung von Vorhaben, die beteiligungsrelevant sind, anzuwenden. Beteiligungsrelevant sind alle Vorhaben, für deren Zulassung ein Planfeststellungsverfahren oder ein Genehmigungsverfahren nach § 10 des Bundesimmissionsschutzgesetzes durchzuführen ist. Landesrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt, soweit diese weitergehend sind.		Die nicht-formelle Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit nach der Antragsstellung oder der sonstigen Verfahrenseinleitung, die während eines Verwaltungsverfahrens ergänzend zur förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird.
1.3	<b>Begriffsbestimmungen</b>	1.3.5 <b>Beteiligungsscopings</b>
1.3.1	<b>Land als Vorhabenträger</b>	Das Beteiligungsscopings ist der Meinungsaustausch zu den Fragen, ob eine zusätzliche Bürgerbeteiligung neben den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsformen zweckmäßig ist und welche Methoden im Rahmen einer frühen oder nicht-formellen Öffentlichkeitsbeteiligung gegebenenfalls eingesetzt werden können.
Das Land ist Vorhabenträger, wenn staatliche Verwaltungsbehörden im Sinne von § 1 LVG beteiligungsre-		1.3.6 <b>Nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung</b>
		Die nachlaufende Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit durch den Vorhabenträger nach Erlass der Zulassungsentscheidung während der Vorhabenrealisierung.
		1.4 <b>Aufgabe von Vertretern des Landes in privatrechtlichen Unternehmen</b>
		Die Vertreter des Landes in privatrechtlichen Unternehmen des Landes sollen im Rahmen von § 65 Abs. 4 der Landeshaushaltsordnung auf die Beachtung dieser Verwaltungsvorschrift hinwirken.
		2 <b>Raumordnungsverfahren</b>
		2.1 <b>Aufgabe des Landes als Vorhabenträger</b>
		Das Land als Vorhabenträger hat vor Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für beteiligungsrelevante Vorhaben die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung und nach Einleitung des Raumordnungsverfahrens die nicht-formelle Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn das Ergebnis des Beteiligungsscopings dies vorsieht, durchzuführen.

## • Gesetz über die dialogische Bürgerbeteiligung (Dialogische-Bürgerbeteiligungsgesetz – DBG)

Vom 4. Februar 2021

Der Landtag hat am 3. Februar 2021 das folgende Gesetz beschlossen:

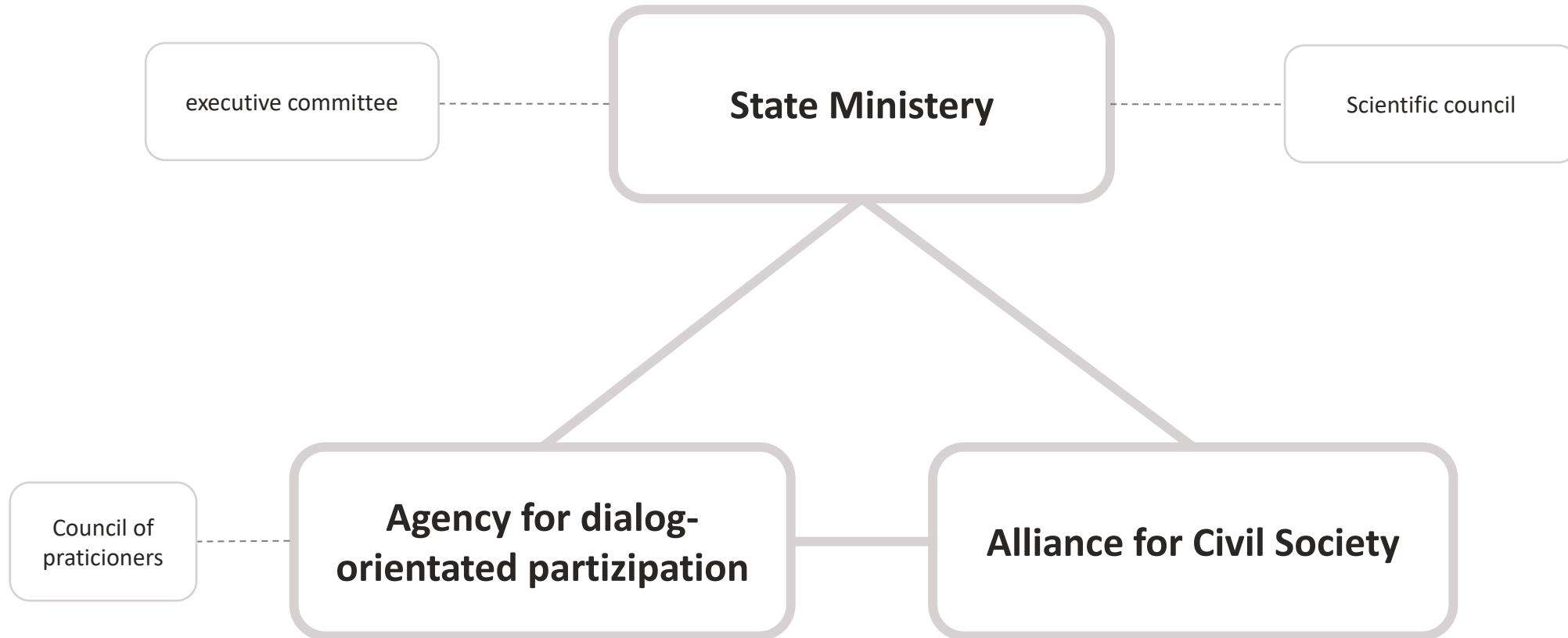
### § 1

#### Öffentliche Aufgabe Bürgerbeteiligung, Zweck des Gesetzes

(1) Zweck der dialogischen Bürgerbeteiligung ist es, Bedürfnisse, die innerhalb der Bevölkerung für ein konkretes Thema oder Vorhaben bestehen, zu erkunden. Dies geschieht durch Dialoge der Behörde mit der Öffentlichkeit. Das Ergebnis der dialogischen Bürgerbeteiligung wird in einem Bericht festgehalten. Dieser ist für die zuständigen Stellen nicht bindend.



# The structure of civic participation and civil society in Baden-Wuerttemberg





# Public Partizipation is one priority for the state government – own executive committee

- all ministeries take part
- regular meetings for coordinating projects & exchange of experiences
- citizens' assemblies on important laws



Quelle: PMBBUN, pixabay.com



# Don't wake the dogs!



Answer:  
They wake up anyways!





# Civil society initiative put the issue of the length of the highschool on the table

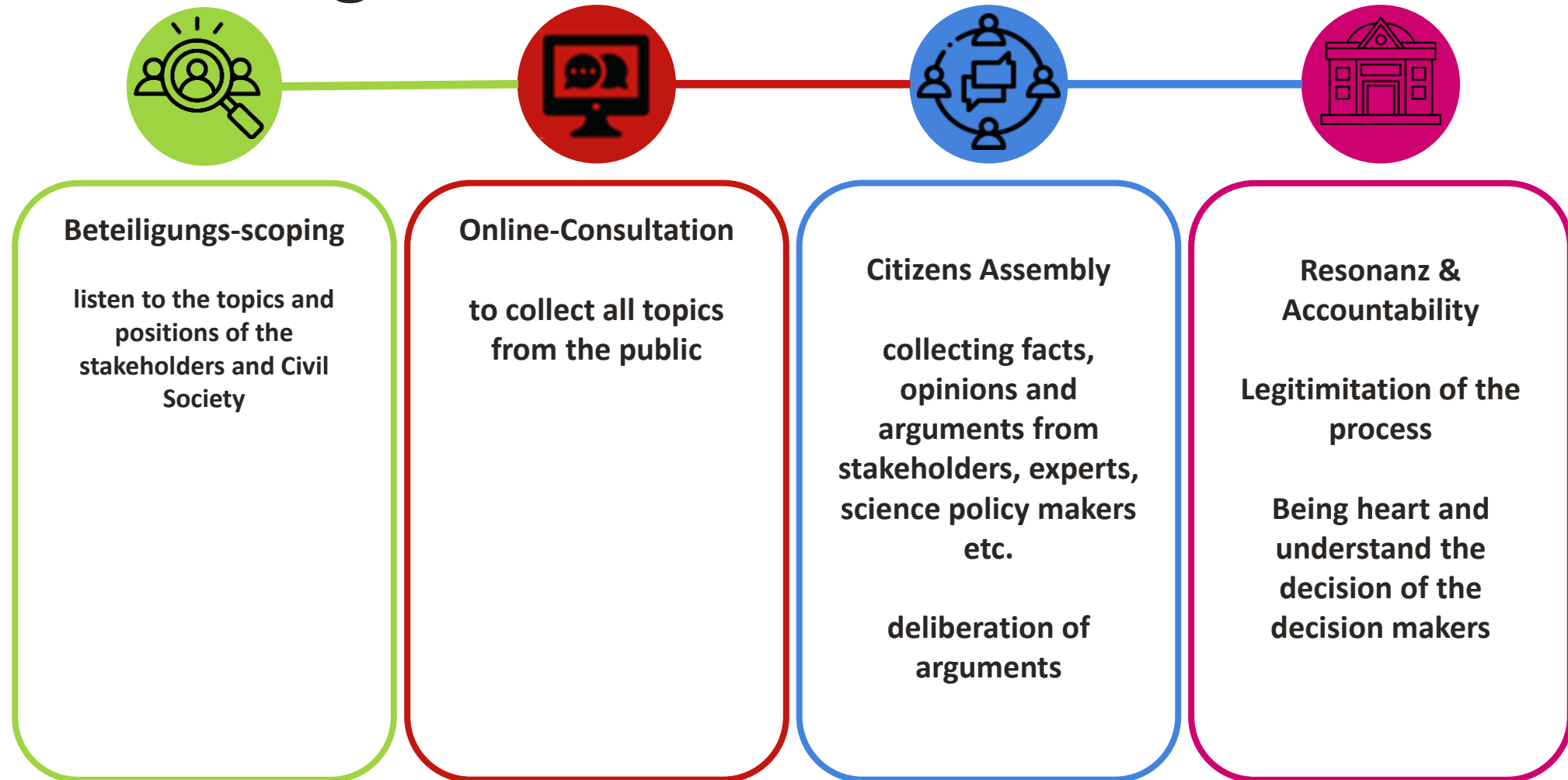


Volksantrag bringt Kretschmann in die Defensive: Debatte um G9 voll entbrannt  
17. Januar 2023





# 4-Phases of Citizens' Assemblies in Baden-Wuerttemberg





# Step 1: Partizipation-Scoping: collecting the subtopics with the stakeholders



# Step 2: Online-consultation - Ask the public



### Kommentare

BETREFF

IHR KOMMENTAR

> Weiter

around 1.000  
comments and  
13.000 reactions

### KOMMENTARE zu Grundschulempfehlung

Die Kommentierungsphase ist beendet. Vielen Dank für Ihre Kommentare!

Alle Kommentare öffnen Datum Anzahl der Bewertungen

1. VON OHNE NAME 09.12.2016 09:52

Dieser Kommentar wurde durch den Nutzer gelöscht.

2. VON OHNE NAME 3313 09.12.2016 10:53

**Richtige Richtung - aber wurde an die Konsequenzen gedacht?**

Grundsätzlich halte ich dieses Gesetz für einen wichtigen Schritt hin zu mehr Qualität im Bildungswesen. Aus eigener Erfahrung taten sich Schüler und Schülerinnen ohne Gymnasialempfehlung schwer in dieser Schulart. Nicht nur ihre Leistungen waren schlecht, auch hatten sie mit sozialer Zurückweisung zu kämpfen und fielen unter diesem gesammelten [...] > Mehr

14 8

3. VON MATTHIAS@KOHN-GROETZINGEN.DE 23.12.2016 09:23

**Blödsinn**

Es ist absoluter Blödsinn, weiterhin keine verbindliche Grundschulempfehlung zu haben! Auf den weiterführenden Schulen sind mind. 30% der Schüler mit der zu erbringenden Leistung überfordert - und das hängt NICHT am zu behandelnden Stoff der jeweiligen Schulart und Klassenstufe, sonder schlicht an der falschen Wahl durch den [...] > Mehr

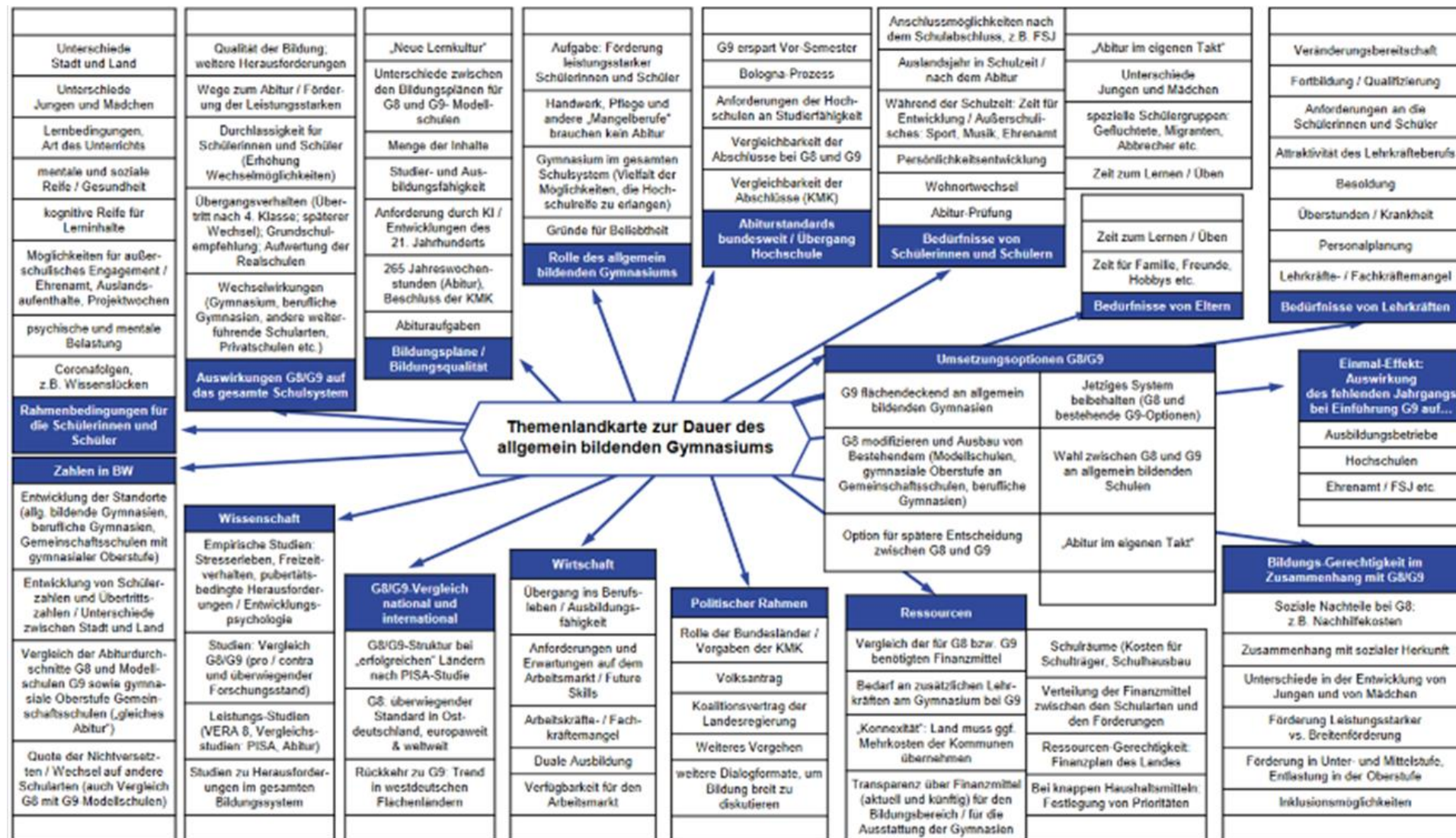
4 5

4. VON HERBERT HUBER 23.12.2016 12:20

**Berufsschullehrerverband zur Grundschulempfehlung**

Sehr geehrte Damen und Herren, der Berufsschullehrerverband B.-W. (BLV) begrüßt

# Issue mapping: shows the complexity of an issue

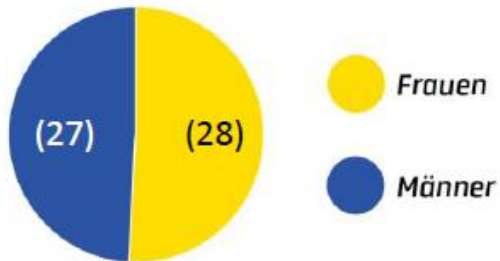




# Random-selection and sortition

- invited around 6.000 citizens.
- 315 people were interested in taking part (5,25 %)
- from different pools the participants were selected randomly (age, education level, migration background, location)
- 64 randomly-selected citizens from all around the state and from all kinds of municipalities

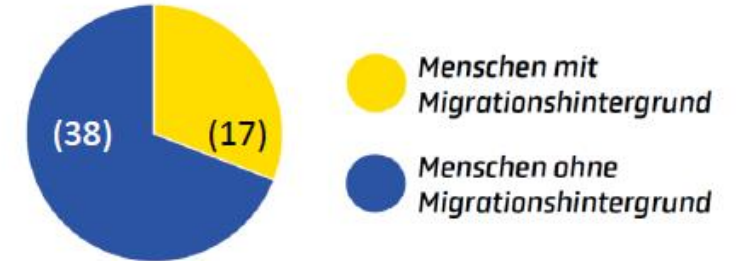
*Teilnehmende nach Geschlecht*



*Teilnehmende nach Bildungsabschluss*



*Teilnehmende nach Migrationshintergrund*



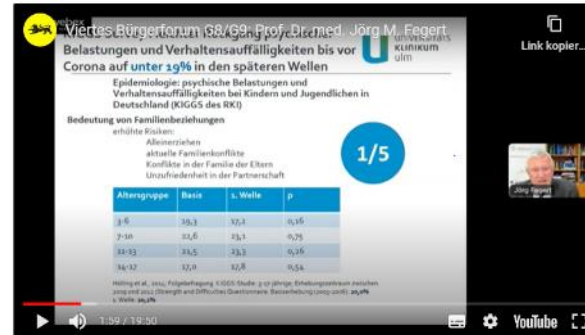
# Step 3: The Citizens' Assembly on the Length of Highschool



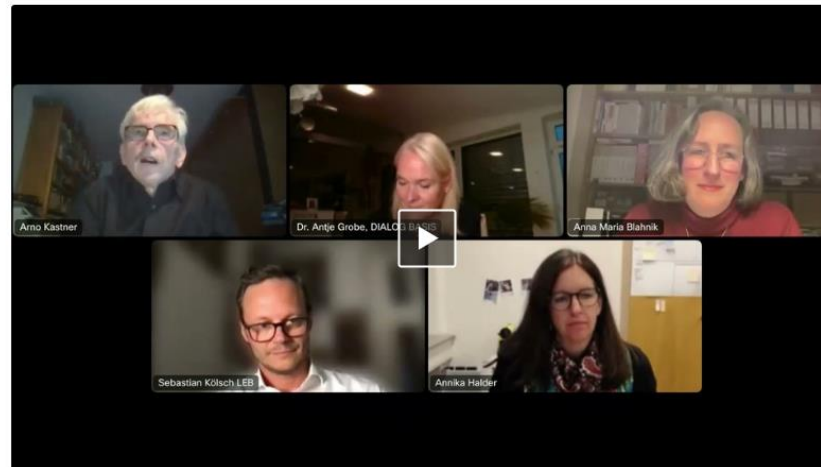
# The workflow

## Inputs

### Priorization of experts and subtopics



## Hearings

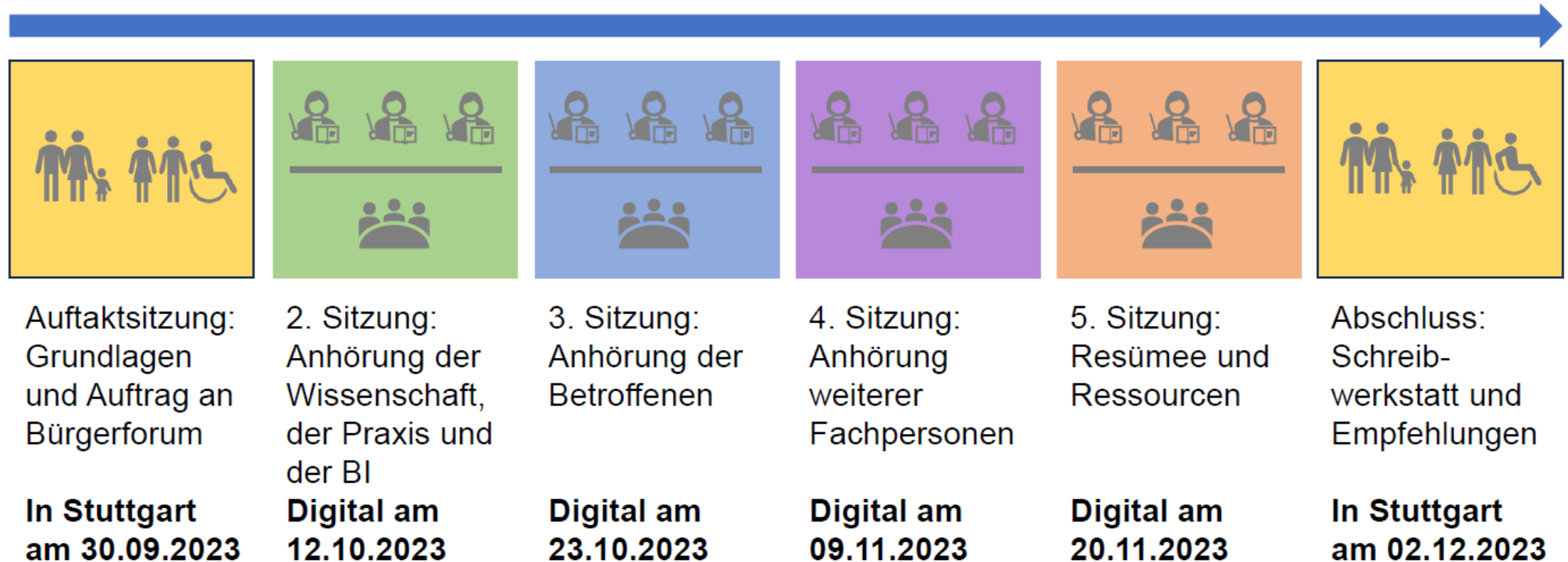


## Deliberation & workphases





# 5 sessions on different topics and a writing workshop for the report



# Step 4: The Citizens' Assembly presents its results



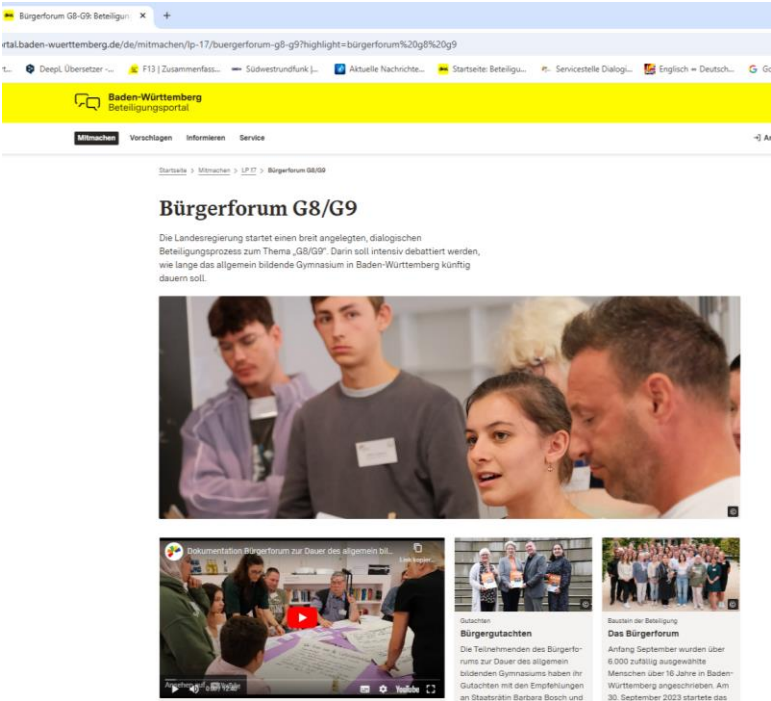


# Many recommendations found their way into the drafted law, Parliament has to decide now





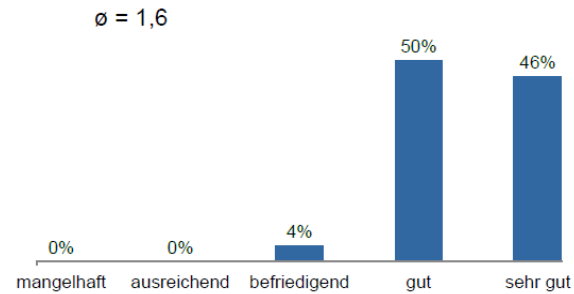
# Transparent processes



# The Participants were very satisfied with the process

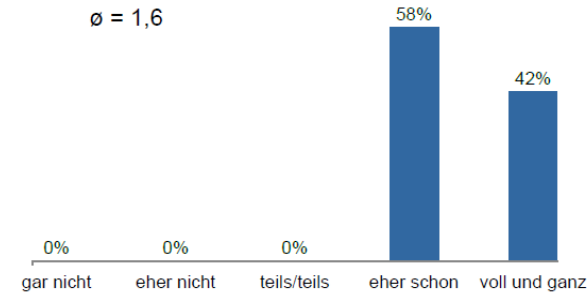
„Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie bewerten Sie das „Bürgerforum G8/G9“ insgesamt?“

1 = sehr gut; 2 = gut; 3 = befriedigend; 4 = ausreichend; 5 = mangelhaft



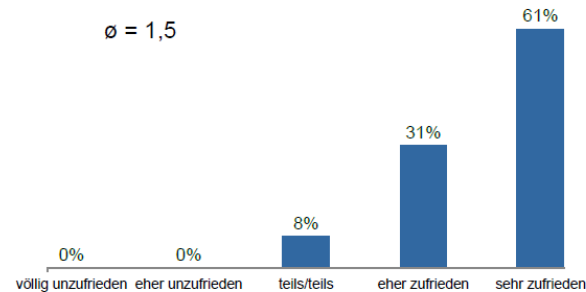
„Wie stark wurden Ihre Erwartungen an das Bürgerforum insgesamt erfüllt?“

1 = voll und ganz; 2 = eher schon; 3 = teils/teils; 4 = eher nicht; 5 = gar nicht



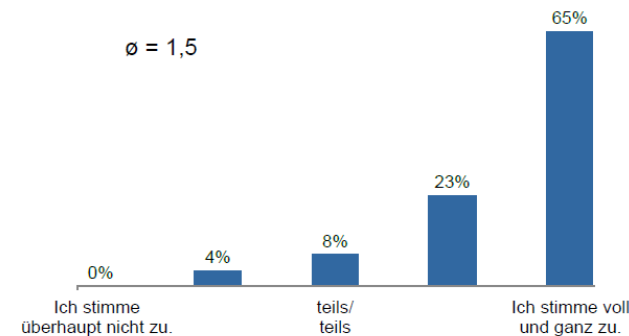
„Und wie zufrieden sind Sie mit den Empfehlungen, die im „Bürgerforum G8/G9“ erarbeitet wurden?“

1 = sehr zufrieden; 2 = eher zufrieden; 3 = teils/teils; 4 = eher unzufrieden; 5 = sehr unzufrieden

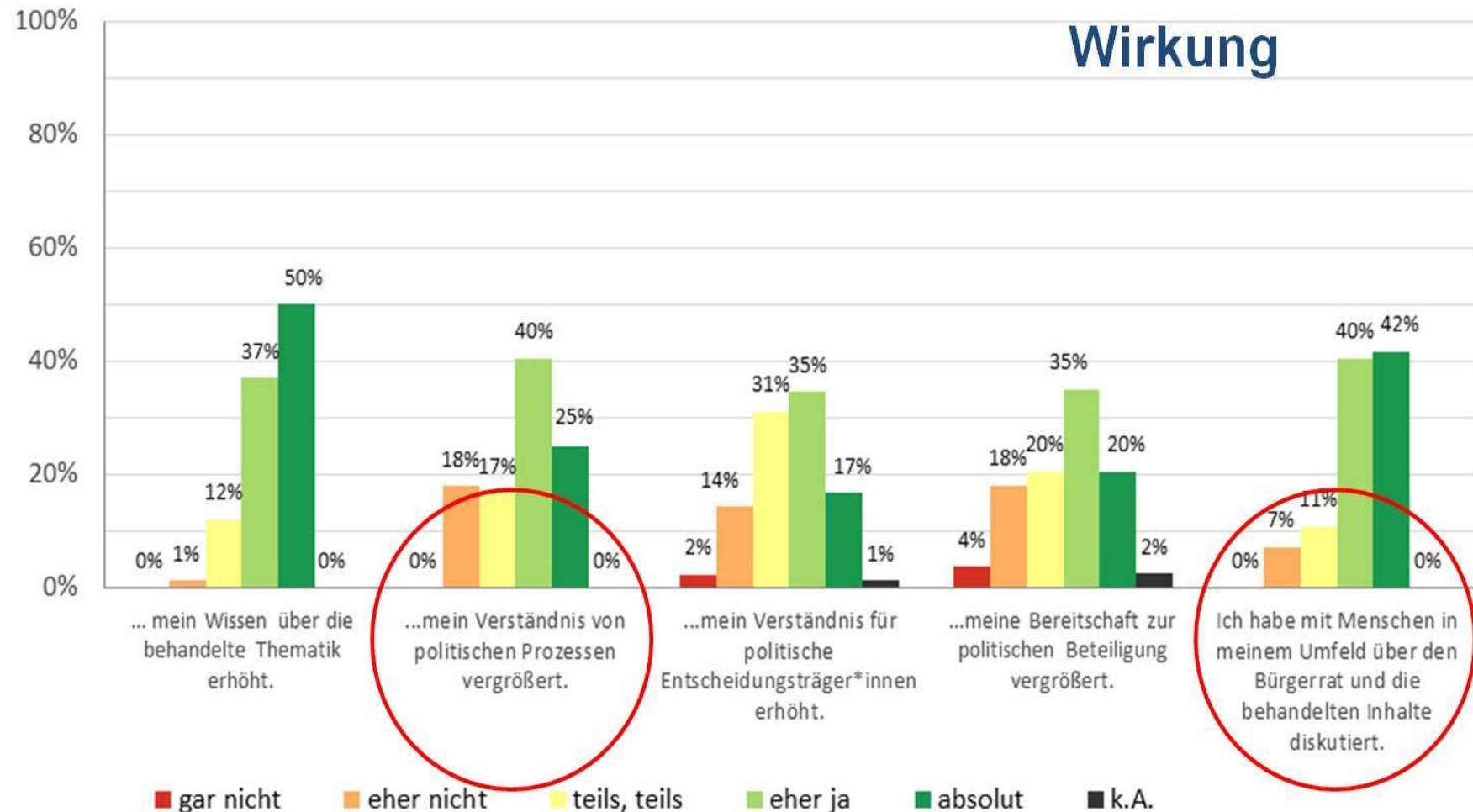


„Ich stehe zu den Empfehlungen, die das Bürgerforum beschlossen hat.“

1 = voll und ganz; 2 = eher schon; 3 = teils/teils; 4 = eher nicht; 5 = gar nicht

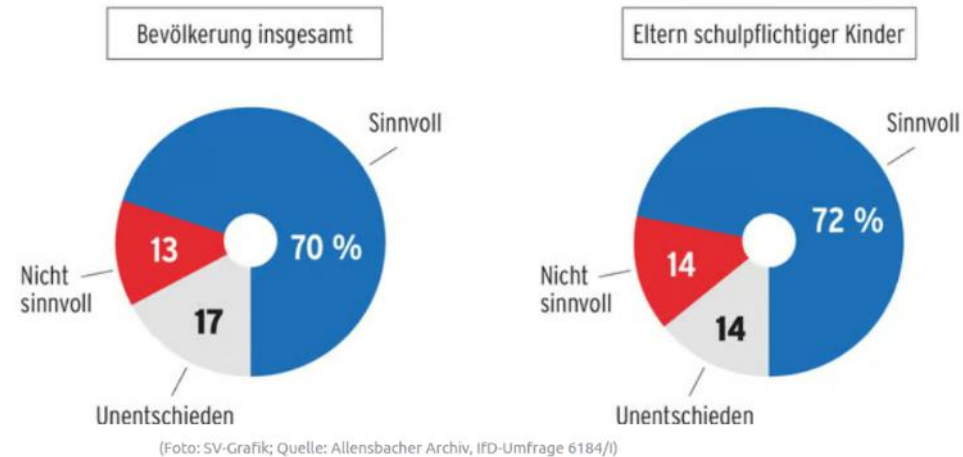


# Participants learn about political processes and talked about that with their peers





# Public opinion agrees with the results



Kehrtwende der Landesregierung wird von einer großen Mehrheit unterstützt.

# Ressources – an investment into democracy

- Project group: Ministry of Education, State Ministry of Baden-Wuerttemberg, Agency for dialog-orientated citizens' participation (meet once a week for half a year)
  - communications unit, consultant to the minister, participation unit,
- costs: around 200.000 Euros
  - moderation: 120.000 Euros
  - invitation/participants: 25.000 Euros
  - event costs: 30.000 Euros
  - communication: 15.000 Euros
- duration of the whole process: from April 2023 until February 2024



# Herrenberg



## G8|G9

Bürgerforum zur Dauer  
des allgemein bildenden  
Gymnasiums



## Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES, GESUNDHEIT UND INTEGRATION



Baden-Württemberg



Verband Region  
Stuttgart



# Why do we need citizen assemblies? Benefits

## for the people

- CA strengthens the influence of the „people“
- People are being heard and have the opportunity to influence issues and decision making
- People have the feeling of self efficacy.
- They understand better, how political processes run.
- Sometimes people get involved in politics or civil society.

## for politics and decision makers

- Strengthens the decision-making by parliament and decision-makers especially in very controversial issues
- CA give the opportunity to hear where „the middle“ stands on an issue (randomly selection). Especially, to hear the voices of females, people with migration background, young people.
- Results and decisions tend to be better.
- Narrows the distance between the people and politics/administration



# Why do we need citizen assemblies? Benefits

## for society and for democracy

- It breaks the false balance: loud vs. silent voices
- CA give a safe space to discuss and hear different views and opinions. All sides are to be involved.
- to have a broader view on issues and reflect the complexity of issues.
- CA give the space to go beyond the positions (iceberg).
- Strengthens political and democratic processes by solving conflicts together.
- builds trust in democracy and into politics/administration.

# Thank you very much

Timo Peters

E-Mail: [timo.peters@stm.bwl.de](mailto:timo.peters@stm.bwl.de)

phone: +49 711 21 53 42 6

